

# Sächsische Volkszeitung

Verkaufstag: Dienstag, mit Ausgabe am Mittwochabend; Preis: 1 Kr. 50 Pf., 1 Doppelt. 2 Kr. 50 Pf.

Unabhängiges Organ für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Aufsätze werden bis spätestens Mittag abgegeben; aber deren Raum und Zeit ist nicht gesichert. Bei allm. Bedeutung und Wichtigkeit der Beiträge wird auf die Zeitung verzichtet.

## Die Reformkatholiken zwischen drei Stühlen

Es ist schon ein hartes Mithgesicht, wenn man sich zwischen zwei Stühlen niedersetzt; das Gespött der Umstehenden läßt einen solchen Vogel nur zu deutlich über das Konzil seiner Situation auf. Findet man aber gar auf drei bereitstehenden Stühlen keinen Platz, sondern vorsigt auf dem Boden umeinander, so erinnert solches Mithgesicht schon mehr an den „lustigen August“ im Jüngsten. Die sogenannten Reformkatholiken befinden sich derzeit in einer solchen Lage und gleichen dadurch sehr den Nationalsozialen um Barth und Gerlach; einige wenige Leute, aber deutlich mehr als die Hälfte ihrer Anhänger sind ihnen zugetreten, um sie hinter sich zu lassen. Sie könnten nicht anmaßender sein. Nun hat kürzlich ein solcher Reformkatholik nach der Verleihung einer Anzahl von Blättern sich in dem in der Offenheit sonst unbeachteten Organ dieser Richtung den Vorschlag gemacht, daß das Zentrum sich auflösen solle; das „katholische Zentrum“ und der „orthodoxe Protestantismus“ würden sich dann weiter annähern können. Dieser „geistreiche“ Vorschlag findet nun Widerspruch bei den Liberalen, bei den Konservativen, selbstverständlich beim Zentrum und bei der überwiegenden Mehrheit der deutschen Katholiken; noch kein Mensch hat sich für diese Idee ausgesprochen. Die Reformkatholiken sehen sich also mit beiden Plänen tatsächlich zwischen drei Stühlen nieder.

Das Zentrum hat gar keine Lust, sich aufzulösen, es sieht vielmehr seinen Fortbestand als eine ganz hervorragend nationale Tat an; es betrachtet seine Existenz als das erste und beste Vorbereitungsmittel, um einen neuen Kulturmampf zu verhindern; es ist eine Schutzhülle der Gewissensfreiheit und der freien Religionsübung. Nicht nur überzeugte Katholiken, sondern auch ehrliche Protestanten haben schon mehr als zweimal den Fortbestand eines starken Zentrums für eine absolute Notwendigkeit erklärt. Es ist ja bald gefragt, daß etwas Bestehendes verschwinden soll, schwieriger ist es, auch nur etwas gleich Gutes an seine Stelle zu setzen, und noch schwieriger, gar etwas Besseres zu schaffen. Man überlege sich doch einmal, was soll denn zum Beispiel im deutschen Reichstage oder in der bayerischen Abgeordnetenkammer an die Stelle des Zentrums treten? Diese Mandate müssen doch nach einer „Auflösung des Zentrums“ auch besetzt werden, jedenfalls fällt dann ein erheblicher Teil nicht unseren Freunden zu. Ein Fortschritt ist somit nach keiner Seite erreicht, wohl aber bedeutende Rückschritte, wenn heute über 100 gläubige Katholiken im Reichstag sitzen, würde das künftig kaum mehr der Fall sein. In Kreisen mit protestantischer Mehrheit würde ein Katholik nie siegen, umgekehrt aber kann es vor, daß die Katholiken Andersgläubige in das Parlament entsenden, wie es die Geschichte aller deutschen Volksvertretungen zeigt. Man muß sich eigentlich verwundert an den Kopf greifen und fragen: Wie kann ein Katholik im Ernst die Auflösung des Zentrums fordern? Nur wer in der Schär der politischen Kinder marschiert oder wer in Wollenkuksheim statt auf dieser Erde seine Wohnung aufgeschlagen hat, kann mit solchen Vorschlägen auftauchen. Die heftigsten Feinde der katholischen Kirche fordern die Auflösung der starken Zentrumskoalition; in Ländern, wo eine solche nicht besteht, wird die katholische Kirche von den kirchenfeindlichen weltlichen Machthabern in böser Weise drangsaliert (Frankreich). Dort eben sind Katholiken an der Arbeit, sich eine parlamentarische Vertretung nach dem Muster des deutschen Zentrums zu schaffen. Und wenn Päpste die verhältnismäßig große Freiheit der katholischen Kirche in manchen deutschen Staaten rühmen, so ist dieser Zustand nur dem Beste einer Zentrumskoalition zu verdanken. Die Reformkatholiken wollen „reformieren“, wir danken für diese „Reformation zum Schlechten“. Gerade, wer es mit dem Katholizismus gut meint, kann nur auf eine sehr starke Zentrumskoalition bedacht nehmen; er sieht in ihr die starke und feste Schutzmauer um den Garten der Kirche, damit in diesem die verschiedenen Blumen sich hervorrufen und ungefähr entfalten können und allerlei „böse Buben“ nicht Unfug treiben können; ist die Schutzmauer entfernt, so leidet die Kultur des Gartens Not. Wie sehr aber das Zentrum auch in nationalem Interesse absolut notwendig ist, beweist die Geschichte der letzten 30 Jahre jeden, der leben will; alle die herborragenden Werke zum Schutze des Vaterlandes, zu seinem inneren Ausbau und seiner wirtschaftlichen Entwicklung sind unter der tatkräftigen Mitwirkung des Zentrums geschaffen worden. Wir müssen also den Vorschlag der „Reformer“ ablehnen.

Aber die Herren finden auch im liberalen Lager keine Gegenliebe; das führende liberale Blatt am Rhein sagt ihnen sehr deutlich, daß sie nur dann von ihm geschützt werden, wenn sie „national“ und „liberal“, das heißt national-liberal werden würden. Die orthodoxe Atmosphäre vergangener Jahrhunderte dürfte man nicht lästiglich konservieren. In guten Deutsch überlegt heißt dies: man muß sich innerlich vom Katholizismus lösen, man muß insbesondere dem Papste nicht mehr gehorchen, dann können sich Protestanten und Katholiken am besten vertragen. Also Abfall vom Glauben fordern die Liberalen von den „Reformkatholiken“, das ist eine sehr gründliche „Reform“, aber wieder eine solche zum Schlechten.

Die Konservativen aber erheben sofort gegen diesen Vorschlag die ernstesten Bedenken; ihr führendes Organ in Berlin hält es für ganz ausgeschlossen, daß eine religiöse Vereinigung auf Grund liberaler Anschauungen erhofft

werden könne und zwar schon deshalb nicht, weil der Liberalismus ein Drittes neben und außerhalb der beiden Kirchen ist. Der Liberalismus wolle beide Kirchen erobern; aber dann beständen sie nicht mehr in ihrer heutigen Form, ihre Unterschiede hätten ausgeht. „So lange das nicht geschehen ist, werden sie fortfahren, ihre Lehrunterschiede gegen einander zu verteidigen und wir müssen unser Bemühen hauptsächlich darauf richten, daß der Kampf in Formen bleibt, die des Gegenstandes nicht unwürdig sind.“ Damit kann man einverstanden sein und wir tun genau das unselige, um diese Voraussetzung zu erfüllen.

Für diese Art von „Reformkatholiken“ aber ist es sehr peinlich, so auf allen Seiten abgewiesen zu werden. Der Liberalismus ruft ihnen zu: werdet erst liberal und macht euch von den Dogmen frei, dann kann man sich verständigen! Aber sofort kommt nun der konservative Protestant und erklärt: Rein, ja geht es nicht. Bleibt vielmehr, wo ihr seid. Und so wollen wir es halten! Stark in der Sache und fest im Glauben, möglich in der Form und milde in der Beurteilung Andersgläubiger! — Vielleicht sehen die „Reformer“ nun auch ein, wie sehr sie auf dem Holzweg sind.

## Politische Studien.

Dresden, den 30. Juli 1906.  
Der Kaiser hat den ersten Sekretär bei der Botschaft in London Legionär Grafen v. Berustoff zum Generalkonsul für Ägypten ernannt.

Das goldene Priesterjubiläum beginnt am 26. d. M. der Weißbischöf von Münster, Graf Max von Galen.

Der Bundesrat hat in einer seiner letzten Sitzungen vor den Ferien beschlossen, die Einführung von Pöfelsleisch sofern nur noch zu gestatten, wenn an dem Fleische die zugehörigen Lymphdrüsen noch vorhanden sind, damit eine völlig einwandfreie Untersuchung dieses Fleisches gewährleistet werden können.

Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Kultusminister von Stüdt ist nach dem „Grenzboten“ ganz allein auf die Initiative des Kaisers zurückzuführen; es habe seinerzeit amtliche Anregung bestanden. Der Ministerpräsident habe aber auch keine Veranlassung gehabt, sich diesem Wunsche des Ministers zu widersetzen, schon weil sein Einfluß doch keinen Erfolg gehabt hätte. Wie schon Kaiser Wilhelm I. wiederholte diesen Orden gegen den Willen des Fürsten Bismarck verliehen habe, so sei sich dies nicht abschließend einverstanden. Ein Einverständnis des Fürsten Bülow erforderlich gewesen. Der Kaiser habe vielmehr durch die Ordensverleihung befunden wollen, daß er sich lebhaft freue, daß die alten Kartellparteien dieses Gehys zu stande gebracht haben. Uns sind diese Karlegungen in dem offiziösen Organ sehr wertvoll; Fürst Bülow hält sich also sehr zurück; man muß fast annehmen, er sei hiermit nicht ganz einverstanden gewesen. Doch der Kaiser den toten Kartellgedanken wieder galvanisieren will, ist und nicht neu und nicht überraschend.

Die Zweite böhmischa Kammer hat mit 27 gegen 27 Stimmen den Gesetzentwurf des Zentrums betreffend Aufhebung der §§ 16 b und 16 c des Gesetzes von 1874 (Wissenschafft der Amtsgewalt der Geistlichen) angenommen.

Gegen den Major Fischer à la suite der Schutze für Ostafrika, der bei dem Oberkommando der Schutztruppen Vorstand der Pferdehaltung ist, wurde, wie der L.-A. meldet, wegen Verdachts der bestechung das amliche Verfahren eingeleitet und der Beschuldigte in Untersuchungshaft genommen. Major Fischer gehörte ehemals der alten Bismannischen Truppe an, nachdem er zuvor in sächsischen Diensten gestanden. Die Anschuldigungen gegen Fischer dürfen sich in erster Linie auf seine Verbindung mit einer großen Lieferungsfirma beziehen.

Die englische Regierung ist anscheinend bestrebt, weiteren berechtigten deutschen Wünschen in Südwürttemberg entgegenzukommen. So wird aus London gemeldet, daß die Kapregierung klarlich eine Institution erhalten hat, wonach verhindert werden soll, daß von Eingeborenen getötetes Vieh über die Grenze getrieben wird.

Die Untersuchung gegen Puttkamer wird vom Kammergerichtsrat Strähler zwar im Hause der Kolonialabteilung geführt, aber doch mit aller Entschiedenheit; der Untersuchungsrichter vernimmt alle Periodikkeiten, die etwas von der Sache wissen. Von Abgeordneten sind vernommen worden resp. werden vernommen Ergberger, Kosch, Lattmann. Der Untersuchungsrichter geht dierbei voll Takt vor, er fordert von den Abgeordneten nicht die Namen der Gewährsmänner; nur wenn sich diese selbst anbieten, oder doch sie neues Material verschaffen können, geht er heraus ein. Am Sonnabend ist auch der frühere Kolonialbeamte Poelzlein vernommen worden, der schon im Jahre 1904 der Behörde die Fälschung mitteilte; diese ließ bekanntlich aber alles liegen, bis in der Presse die Sache im Dezember 1905 hervorgehoben worden ist. Gerade im Hause Puttkamer rächt sich besonders das leidliche Verhütungssystem. Nun verbreiten seine Freunde, daß er glänzend gerechtfertigt aus der Sache hervorgehen werde; wir hoffen aber ernste Zweifel, ob das zutreffend ist. Gewiß wird mancher „Kolonialstaat“ mit der Untersuchung ein Ende nehmen, aber es bleibt noch genügend an dem Gouverneur hängen; eigentlich müßte seine ganz auffallend schlechte Verantwortung des Staats schon genügen, um seiner Tätigkeit ein Ende zu bereiten.

Die Stichwahl in Hagen hat mit dem Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Euno geendet; dieser erhielt 21593 Stimmen, der Sozialdemokrat 18717. Der Sozialdemokrat hat gegen die Hauptwahl um 2400 Stimmen zugewonnen, der Freisinnige aber um 10400 Stimmen. Diese Stimmen stammen vom Zentrum, den Nationalliberalen und Christlich-Socialen, die im ersten Wahlgange insgesamt 11700 Stimmen ausgebracht haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Zentrumskräfte allemal die Wahlparole der Parteileitung befolgt haben, doch von dieser Seite keine einzige Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben worden ist. Auch steht jetzt schon fest, daß mindestens 4000 Zentrumswähler für den Freisinnigen gestimmt und ihm so das Mandat verschafft haben, höchstens 1000 Zentrumswähler haben nicht abgestimmt. Freisinnige und sozialdemokratische Blätter sind dies berücksichtigt, daß das Zentrum zu Gunsten der Freisinnigen entschieden habe. Würden die Zentrumswähler sich der Abstimmung enthalten haben, so wäre heute das „Erbe Niedersachsen“ in sozialdemokratischem Besitz; wir freuen uns sehr, daß es nicht so kam. Das Zentrum hat die beste und edelste Rache für Verloren genommen. Dem Zentrum allein verdankt der Freisinnige dieses Mandat! Wie viele Nationalliberalen der Wahlurne ferngeblieben, läßt sich noch gar nicht übersehen; aber es dürften nicht wenige gewesen sein. Sehr bezeichnend ist auch, daß im nationalliberalen „Wochentageblatt“ Anzeigen erschienen sind, welche zu der Wahl des Sozialdemokraten aufforderten. Der Würger der Nationalliberalen über das idyllische Resultat der Wahl ist begreiflich; sie hatten für diesen Abend bereits die häufigste Musikapelle bestellt, da sie sicher rechneten, in die Stichwahl zu kommen und nun sind sie von der 1. Stelle an die 4. hinuntergerutscht! Die Musikapelle hätte ihnen jetzt vorblasen können: „Ich stehe allein auf weiter Flur!“ oder „Verlassen, verlassen bin ich!“

Das Verdienst der Zentrumspartei bei der Stichwahl in Hagen-Schmelz ist von dem siegreichen Kandidaten, dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Euno, in hoher Weise anerkannt worden, indem der selbe nach der Verkündigung der Wahlresultate, die seinen — vielfach unerwarteten — Sieg bedeuteten, in einer Versammlung von Wählern der freisinnigen Volkspartei erklärte: „Die Freisinnige Volkspartei ist sich wohl bewußt gewesen, daß sie auf die Hilfe der anderen bürgerlichen Parteien angewiesen sei, um den Wahlkreis vor den Sozialdemokraten zu retten. Wenn nun dieser schöne Erfolg erreungen ist, so ist das der Lieb zum Vaterland zu verdanken, der die Parteien im gemeinsamen Kampf einigte. Ein Hauptverdienst daran ist der katholischen Bevölkerung zuzuschreiben. Das ist um so mehr anzuerkennen, als ein wichtiges Blatt in geradezu demagogischer Weise gegen die Wahl des bürgerlichen Kandidaten und damit für die Wahl des Sozialdemokraten Stimmung gemacht hat. Die Wahl des Sozialdemokraten ist glücklich abgewendet worden, und das ist nicht zuletzt auch der hochwirksame Geistlichkeit zu verdanken, die noch in letzter Stunde und sogar unter Namensnennung den Manipulationen des genannten Blattes entgegengedreht und mit damit meine Wahl unterstützt hat. Der katholischen Bevölkerung gebührt also ein ganz besonderer Dank. Als freisinniger Abgeordneter werde ich natürlich an den alten Prinzipien der Partei festhalten. Nochmals danke ich allen denen, die mir durch die heutige Wahl ihr Vertrauen ausgesprochen haben.“

Abschließend eines Schriftstellers. Am Saarrevier treibt seit einiger Zeit ein sonderbarer Sozialist seine Handwerk; es ist der Handelskommisarius Dr. Tille, der sich zur nationalliberalen Partei zählt. Gedankt soll er sich berufen, den Geist des Arth. Stump zu erhalten; so hat er gegen ganz vernünftige Befürworter den Kampf geführt. Die Karlsarmeeinheiten, die offiziell als ein Instrument zum sozialen Frieden angesehen werden, mit denen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleich gute Erfahrungen gemacht haben, sind ihm ein leidliches Torn im Auge, ebenso konnte er die christlichen Gewerkschaften gar nicht leiden. Nunmehr hat sich der Provinzialvorstand der nationalliberalen Partei für die Aneignung seierlich und öffentlich von ihm losgelöst und einen Beschluß gefasst, daß Tille nicht mehr als Mitglied der nationalliberalen Partei angesehen werden könne. Jetzt wird wir sehr gespannt darauf, ob die nationalliberalen Handelskammer den rabiolen Schriftstellers noch hält, oder ob sie ihn auch den Laufwahlt gib! Daraus wird man schon sehen, wie ernst dieser Beschuß gemeint ist!

Witte Anzug werden 25—40 französische Aerzte unter dem Ehrenvorstand des Herrn Professor Rong auf drei Tage in Berlin eintreffen zu einer Besichtigung der wichtigsten sanitären Einrichtungen.

Die Bedeutung der Bahnhofmissionen zum Schutze junger Mädchen in den Großstädten charakterisiert so recht wieder der Jahresbericht des Marianischen Mädchenschutzbundes zu Münster. Der Verein hat im Jahre 1905 circa 300 Nachbarartiere vermittelt und über 1300 größere und kleinere Hilfsleistungen gegeben. Hinzuzählen wären, um die Bedeutung dieser Organisation als Ganzen zu kennzeichnen, noch die Hilfsleistungen, welche von dem protestantischen Parallelverein der „Freundinnen junger Mädchen“ in den Nachmittagsstunden geleistet wurden. Die Zahl der Hilfsleistungen ist sehr gestiegen, darf der Wiederholung der so wichtigen Vormittagsstunden. Gerade die Frühzüge brin-